

## Französische EU-Ratspräsidentschaft und irische Herausforderung

© Akademie für Welthandel AG, August 2008

*Das irische Nein im EU-Referendum hat im Juni für überraschende Negativschlagzeilen in der Europapolitik gesorgt. Da der vorliegende Lissabonner Vertrag nur bei Zustimmung in allen EU-Ländern in Kraft treten kann, ist der bisherige Zeitplan ins Wanken geraten. Dieses Thema hat auch den EU-Sommertreffen in Brüssel beherrscht. In der Diskussion sind Sonderregelungen für Irland, die der Bevölkerung eine Zustimmung bei einem zweiten Referendum erleichtern könnten. Der Gipfel trug schon deutlich die französische Handschrift, denn Frankreich übernahm zum 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft. Man darf nun gespannt sein, ob der deutsch-französische Motor stark genug sein wird, um 2008 noch den Durchbruch zur dringend benötigten institutionellen Reform der EU auf den Weg zu bringen.*

In den letzten beiden Monaten hat es in Europa verschiedene Ereignisse gegeben, die für teilweise „gewittrige Schlagzeilen“ gesorgt haben: Auf der einen Seite hat die Fußball-Europameisterschaft in den Alpenländern Schweiz und Österreich nicht nur für hohe TV-Einschaltquoten gesorgt. Durch eine bunte Fahnenvielfalt sowohl in Deutschland als auch andernorts wurde sichtbar, wie viele Einwohner mittlerweile im Zuge der offenen europäischen Grenzen ihre Wurzeln in anderen Teilnehmerländern haben. Die spannende EM endete mit dem verdienten Sieg der besten Turniermannschaft, nämlich Spanien, während Deutschland trotz zeitweise durchwachsener Leistungen immerhin der Finaleinzug gelungen ist (vgl. dazu Tab. 1 mit einem Länder-Ranking aus sportlicher und auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive).

**Tabelle 1: Ranking der 16 Endrundenteilnehmer der Fußball-EM 2008**

	Fußball-EM (Rangliste (1))	Bevölkerung (2007, in Mio)	Bevölkerung (Rangliste)	BIP absolut (2006, in Mrd €)	BIP absolut (Rangliste)
Spanien	1	44,5	6	981	5
Deutschland	2	82,3	2	2322	1
Türkei	3	73,4	3	319	7
Russland	4	142,4	1	1600	3
Italien	5	59,1	5	1475	4
Kroatien	6	4,4	16	34	16
Niederlande	7	16,4	9	534	6
Portugal	8	10,6	11	155	13
Schweiz	9	7,5	15	309	8
Schweden	10	9,1	13	306	9
Tschechien	11	10,3	12	114	14
Rumänien	12	21,6	8	97	15
Österreich	13	8,3	14	258	10
Polen	14	38,1	7	272	11
Frankreich	15	63,4	4	1792	2
Griechenland	16	11,1	10	214	12

(1) Die Platzierungen 3-8 wurden nach dem Torverhältnis der Halb- und Viertfinalspiele ermittelt  
Die Platzierungen 9-16 wurden nach den Punkten und dann dem Torverhältnis der Vorrundentabellen ermittelt.

Quelle: Eurostat 2008, IMF-World Economic Outlook October 2007

## Negatives irisches Referendum

Auf der anderen Seite hat es in der Europapolitik überraschende Negativschlagzeilen gegeben. Nachdem der EU-Reformvertrag bis Anfang Juni in zwei Dritteln der 27 EU-Länder von den nationalen Parlamenten ratifiziert worden war, gab es am 12. Juni bei der Volksabstimmung in Irland den insgeheim befürchteten Dämpfer. Im einzigen EU-Land, in dem per Referendum über den Reformvertrag abgestimmt werden muss, sprachen sich die Wähler mit 53 % zu 47 % (bei einer niedrigen Wahlbeteiligung von 45 %) deutlich gegen das komplexe Vertragswerk aus.

Zum einen fühlten sich viele Iren schlecht informiert, wobei vor allem die Öffentlichkeitsarbeit der Vertragsbefürworter als unzureichend angesehen wurde. Zum anderen dürfte die Wirtschaftsflaute auf der Insel ein Grund für die gestiegene Europa-skepsis der Iren geworden sein. Ähnlich wie Spanien und Großbritannien leidet das Land unter einer Immobilienkrise. Diese geht maßgeblich auf die niedrigen Leitzinsen

in der Euro-Zone nach 2002 zurück, denn sie machten Bauinvestitionen attraktiv und es entstanden viele Projekte, die am Bedarf vorbeigingen. Nach durchschnittlichen BIP-Wachstumsraten von 6 % im letzten Jahrzehnt rechnet die OECD für 2008 in ihrem Juni-Ausblick daher nur noch mit einem Plus von 1,5 %.

Da der vorliegende Lissabonner Vertrag nur bei Zustimmung in allen EU-Ländern in Kraft treten kann, ist der bisherige Zeitplan ins Wanken geraten. Nach dem irischen Nein hat es weitere Rückschläge für den Reform-Vertrag gegeben, die in den Medien ebenfalls stark thematisiert werden, auch wenn sie leichter überwindbar erscheinen:

- In Deutschland hat Bundespräsident Köhler auf Ersuchen des Bundesverfassungsgerichts die Unterzeichnung des Gesetzes zurückgestellt, damit vor der Entscheidung über zwei Verfassungsbeschwerden (vermutlich im Herbst) keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Bundestag und Bundesrat hatten dem Vertragswerk mit großer Mehrheit im April bzw. Mai zugestimmt.
- In Polen will der national-konservative Präsident Kaczynski das vom Parlament im Mai ratifizierte Gesetz vorläufig ebenfalls nicht unterzeichnen. Er verweist dabei ausdrücklich auf das irische Nein, das seiner politischen Grundüberzeugung näher steht als der Lissabonner Vertrag, den er im Dezember nach stärkerer Berücksichtigung polnischer Sonderinteressen noch eigenhändig paraphiert hat.
- In Österreich will die Sozialistische Partei (SPÖ) in Zukunft ebenfalls per Referendum und nicht per Parlamentsbeschluss über wichtige EU-Fragen abstimmen lassen. Ob dies schon eine modifizierte Form des Lissabonner Vertrags betreffen würde, ist derzeit noch offen. Nach dem Auseinanderbrechen der großen Koalition stehen hier aber erst einmal Neuwahlen im Herbst an.
- Auf der anderen Seite hat Zypern Anfang Juli als 20. Mitgliedsstaat den Lissabonner Vertrag gebilligt. Im Parlament gab es dafür jenseits der Kommunistischen Partei eine breite Mehrheit.

## I. Rückblick das 1. Halbjahr 2008 unter der slowenischen Ratspräsidentschaft:

### – Unspektakulärer Frühjahrsgipfel & wichtige Neuwahlen:

Beim Frühjahrsrat der europäischen Staats- und Regierungschefs am 13. und 14. März 2008 standen traditionell Wirtschaftsthemen im Mittelpunkt der Beratungen. Dazu gehörte vor allem die Lissabon-Strategie. Dazu sollen alle Hindernisse für die Mobilität von Wissenschaftlern und Studenten zwischen den EU-Ländern beseitigt werden (Stichwort: „fünfte Grundfreiheit“). Ferner wird das Thema Bürokratieabbau eine wichtige Rolle spielen, zu dem die kürzlich eingerichtete Expertengruppe unter der Leitung des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber wichtige Impulse geben soll. Weitere Schwerpunkte waren die Energie- und Klimapolitik, die Finanzmarktstabilität und die stärkere Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Bei der künftigen Union für das Mittelmeer gab es noch Differenzen zwischen den nördlichen EU-Mitgliedern, die sich von Frankreichs Vorpreschen übergangen fühlten, und den EU-Mittelmeeranrainern, für die das Vorhaben eine höhere Priorität hat.

Nach dem Frühjahrsgipfel gab es Parlamentswahlen in zwei wichtigen EU-Ländern, die einmal mit einer Wiederwahl und einmal mit einem Regierungswechsel endeten:

- In Spanien kann Ministerpräsident Zapatero nach den Parlamentswahlen vom März seine Regierung fortführen. Seine Sozialistische Partei konnte die Konservative Volkspartei mit 44 % zu 40 % in Schach halten. Sie besitzt zwar keine absolute Mehrheit im Parlament, kann aber mit Unterstützung von Regionalparteien weiterregieren. Zapatero hat sich in den letzten Jahren als zuverlässiger Unterstützer des europäischen Einigungsprozesses erwiesen.
- Bei den wegen einer Regierungskrise ausgerufenen vorzeitigen Neuwahlen in Italien hat die Linkskoalition Mitte April ihre Mehrheit in beiden Parlamentskammern verloren. Nachfolger von Ministerpräsident Romano Prodi wird der rechtskonservative Silvio Berlusconi, der bereits zweimal Regierungschef war. Seine Koalition mit den Neofaschisten und der Regionalpartei „Lega Nord“ kam auf 47 %. Sie gilt europapolitisch als unberechenbarer als ihr Vorgänger. Allerdings dürfte Berlusconis Regierungspolitik diesmal stärker darauf abzielen, eine volle Amtszeit durchzustehen.

– **Jubiläum: 10 Jahre Euro ...**

Im Mai 1998 fällten die europäischen Staats- und Regierungschefs die Entscheidung über die Einführung des Euro, 1999 wurde die Wirtschafts- und Währungsunion gegründet, seit 2002 ist der Euro mit Münzen und Banknoten das Zahlungsmittel von 320 Millionen Europäern – ein Meilenstein auf dem Weg zum integrierten EU-Binnenmarkt. Anlässlich dieses Jubiläums veröffentlichte die EU-Kommission ein Strategiepapier und einen Bericht, in denen sie Bilanz über das bisher Erreichte zieht und Empfehlungen für die künftigen Herausforderungen, insbesondere zur Aufnahme neuer Mitglieder in die Euro-Zone ausspricht. Die zentrale Feier mit einem Festakt fand am 9. Juni in der Alten Oper in Frankfurt statt.

– **... und grünes Licht für Euro-Einführung in der Slowakei**

Passend zum Euro-Jubiläum hat der Rat der EU-Finanzminister entschieden, dass die Slowakei am 1. Januar 2009 den Euro einführen kann. Damit folgt er der Empfehlung der EU-Kommission, die in ihrem Konvergenzbericht die Beitrittsreife der noch nicht teilnehmenden EU-Mitglieder regelmäßig überprüft. Demnach hat die Slowakei die Maastrichter Konvergenzkriterien erfüllt. Nach Slowenien ist sie das erste ehemalige Ostblockland, das seine nationale Währung gegen den Euro tauscht. Seit Jahren weist das 2004 der Europäischen Union beigetretene Land eine der höchsten Wachstumsraten der EU auf. Damit wird die Slowakei zum 1. Januar 2009 – nach Malta und Zypern in diesem Jahr – das 16. Mitglied der Eurozone.

– **„Small Business Act“ für Europas KMU**

Etwas untergegangen ist der „Small Business Act“ für Europas kleine und mittlere Unternehmen (KMU), den die EU-Kommission am 25. Juni vorgelegt hat. Ziel ist die verbesserte Unterstützung von KMU, damit diese ihr Potenzial, langfristig nachhaltiges Wachstum und mehr Arbeitsplätze zu schaffen, voll ausschöpfen können. Denn obwohl diese Gruppe eine Schlüsselrolle spielt und die meisten Arbeitsplätze in der EU stellt, stehen KMU häufig vor enormen bürokratischen Hürden und Hindernissen. Neben neuen Rechtsvorschriften umfasst der Akt zehn Grundsätze, die auf höchster politischer Ebene eingeführt werden sollen, und schafft damit erstmalig einen umfassenden politischen Rahmen für die EU und ihre Mitgliedstaaten. Im Einzelnen schlägt das Dokument ein neues Statut der Europäischen Privatgesellschaft vor. Zudem soll

eine neue allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung in Bezug auf staatliche Beihilfen Verfahren vereinfachen und Kosten sparen. Ebenso soll eine für 2009 vorgesehene Änderung der Richtlinie über Zahlungsverzögerungen dazu beitragen, dass KMU innerhalb der festgelegten Zahlungsfrist von dreißig Tagen ihr Geld erhalten. Und schließlich wird ein neuer Vorschlag über die Mehrwertsteuer den Mitgliedstaaten die Möglichkeit bieten, für lokal erbrachte Dienstleistungen ermäßigte Mehrwertsteuersätze zu erheben.

#### – **Kleiner Durchbruch beim EU-Russland-Gipfel**

Wichtigstes Ergebnis auf dem EU-Russland-Gipfel Ende Juni in Chanty-Mansijsk (Westsibirien) war, dass die Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen für das jetzige Partnerschafts- und Kooperationsabkommen aufgenommen werden können. Polen und Estland hatten ihr ursprüngliches Veto wegen des Baus der Ostsee-Pipeline zurückgezogen. Fragen der Energiesicherheit werden dabei ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Immerhin ist Russland nicht nur für Deutschland der wichtigste Rohöl- und Erdgaslieferant. Kritische Punkte bleiben Fragen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland, aber auch hier scheint Moskau unter dem neuen Präsidenten Medwedew etwas konzilianter geworden zu sein.

#### – **Wichtiger „EU-Krisengipfel“ im Juni**

Der zweite und letzte EU-Gipfel der slowenischen Präsidentschaft Mitte Juni in Brüssel wurde vom frischen Nein des irischen Referendums überschattet. Die 27 Staats- und Regierungschefs verständigten sich aber trotz der irischen Ablehnung darauf, die Ratifizierung des Grundlagenvertrags fortzusetzen. Die Strategie der EU zielt darauf ab, bis Jahresende die Ratifikation aller 26 Staaten außer Irland zum Reformvertrag zu erhalten. Irland erhält eine Denkpause bis zum EU-Gipfel im Oktober, um bis dahin Lösungsvorschläge auszuloten. In der Diskussion sind Sonderregelungen für das Land, die der Bevölkerung eine Zustimmung erleichtern könnten. Konzessionen dieser Art sind in der EU nicht ungewöhnlich: Es gibt zahlreiche Sonderregelungen für einzelne Länder, die in Protokollen zu den Verträgen festgehalten sind. Irland soll auf dieser Basis dann bald einen neuen Anlauf in Form eines zweiten Referendums unternehmen. Frankreich machte deutlich, dass die Europa-Wahl im Juni 2009 möglichst auf Grundlage des Lissabon-Vertrags stattfinden soll. Dazu ist aber ein

ausreichender zeitlicher Vorlauf nötig, um Wahlkreise und Parteilisten an die verringerte Zahl der Europa-Abgeordneten anpassen zu können.

Weiteres Gipfelthema waren Maßnahmen gegen die hohen Benzinpreise. Da hierzu aus ordnungspolitischer Sicht unterschiedliche Vorstellungen herrschen, soll die EU-Kommission dazu bis zum Oktobergipfel passende Vorschläge ausarbeiten. Frankreich hat konkret die Senkung der Mehrwertsteuer für notleidende Berufsgruppen, Finanzhilfen für Fischer und die Verbilligung des Treibstoffes für Lastwagen vorgeschlagen. Bei der Deckelung der Mehrwertsteuer auf Mineralölprodukte wäre allerdings Einstimmigkeit erforderlich.

## **II. Ausblick auf die französische Ratspräsidentschaft:**

Der Juni-Gipfel trug schon deutlich die französische Handschrift, denn Frankreich übernahm zum 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft von Slowenien. Gleichzeitig begann eine neue Dreierpräsidentschaft Frankreichs zusammen mit der Tschechischen Republik und Schweden. Denn um mehr Kontinuität in den halbjährlichen Wechsel des Vorsitzes zu bringen, hat der Europäische Rat im Juni 2002 gebeten, dass sich aufeinander folgende Länder bei der Programmkonzeption und hinsichtlich der Übergabe des Vorsitzes an den Nachfolger eng abstimmen. Die Zusammenarbeit von jeweils drei Vorsitzländern über 18 Monate hinweg wurde daraufhin in die Geschäftsordnung aufgenommen. Dies wurde 2007 erstmals von Deutschland, Portugal und Slowenien praktiziert. Auf dieser Grundlage hat man nun auch in Paris mit den beiden nachfolgenden Präsidentschaften ein gemeinsames, über 18 Monate reichendes Programm ausgearbeitet. Das 90-seitige Papier trägt den trockenen Titel: „*Achtzehnmónatsprogramm des französischen, des tschechischen und des schwedischen Vorsitzes*“. Neben der Festlegung gemeinsamer Prioritäten und der damit verbundenen Gewährleistung der Kontinuität der politischen Arbeit der EU erstreckt sich die konkrete Zusammenarbeit der Präsidentschaften beispielsweise auch auf die Vertretung der Präsidentschaft in Drittstaaten, die Planung von Drittstaatenverpflichtungen, die Gestaltung eines kulturellen Rahmenprogramms, die Fortbildung für Vorsitzende von Ratsarbeitsgruppen sowie den Personalaustausch

## Die konkrete französische Agenda

„Ein Europa, das handelt, um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden“ – unter diesem prosaischen Titel hat die französische Regierung ein 38-seitiges Papier mit einer breiten Aufzählung von wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Zielen vorgelegt. Dabei wurde das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2008 berücksichtigt, und es wurde in engen Konsultationen mit dem Europaparlament abgestimmt. Die Hauptpunkte lauten offiziell:

1. *Die Ausgestaltung Europas als Modell für nachhaltige soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung*
2. *Europa empfänglicher machen für die Rechte, die Sicherheit und die Interessen der Bürger*
3. *Sicherung der Stellung Europas im internationalen Rahmen*  
(detailliertes Programm unter: [www.UE2008.fr](http://www.UE2008.fr))

Präsident Sarkozy präziserte dazu Anfang Juli folgende Schwerpunkte:

- "Europäischer Migrationspakt": Da die Migration für ganz Europa eine Herausforderung darstellt, fordern immer mehr Länder einheitliche europäische Lösungen. Dazu sollen eine gemeinsame Einwanderungspolitik der EU und die EU-Pläne für ein gemeinsames Asylrecht vorangetrieben werden. Neben der besseren Überwachung der EU-Außengrenzen und der schnelleren Abschiebung bei illegaler Einwanderung soll die Zuwanderung besser gesteuert werden, zum Beispiel durch eine engere Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern.
- Konkrete Umsetzung der Klimaschutz-Ziele durch die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Klimaschutzauflagen.
- Die Weiterentwicklung des sogenannten Barcelona-Prozesses zu einer "Union für das Mittelmeer". Der EU-Mittelmeer-Gipfel Mitte Juli 2008 in Paris hat dazu mit der Gründung einer Mittelmeerunion schon konkrete Ergebnisse gebracht. Nach zähen Verhandlungen verabschiedeten die 43 Staats- und Regierungschefs eine Abschlusserklärung, in der sie sich zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten bekennen, sich hinter die israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen stellen und zu einer atomwaffenfreien Zone in Nahost aufrufen. Den Vorsitz der Union übernahmen zunächst Frankreich und Ägypten.

ten. Es gab zahlreiche Projekte, die aber in den nächsten Jahren noch konkretisiert werden müssen: Dazu zählen die Sanierung des Mittelmeers, neue Verkehrswege, der Ausbau der Sonnenenergie und ein intensiverer Austausch bei Ausbildung und Forschung.

- Last but not least: Die Rettung des Vertrags von Lissabon.

### **Ausblick**

Das Pariser Arbeitsprogramm geht in seiner Einleitung schon explizit auf die aktuellen EU-Probleme seit dem irischen Nein ein: „Die französische Präsidentschaft wird, was den Vertrag von Lissabon betrifft, die Beschlüsse des Europäischen Rats vom 19./20. Juni 2008 umsetzen, wobei der Europäische Rat auf diese Frage bei seiner Zusammenkunft am 15. Oktober 2008 zurückkommen wird, um den Weg zu prüfen, der weiter zu beschreiten sein wird. Für die Zwischenzeit ist es wichtig, sich weiter für konkrete Ergebnisse auf den verschiedenen Gebieten einzusetzen, die für die Bürger von Interesse sind.“ Man darf dabei besonders gespannt sein, ob der deutsch-französische Motor stark genug sein wird, um 2008 noch den Durchbruch zur dringend benötigten institutionellen Reform der EU auf den Weg zu bringen.

Mit der irischen Ablehnung ist zunächst also eine Verzögerung bei der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon verbunden. Ein Inkrafttreten des Reformvertrags bis zum Ende des Jahres, wie es derzeit vereinbart ist, wird damit kaum noch möglich sein. Es ist zu hoffen, dass dies wenigstens bis zu den nächsten Europawahlen im Juni 2009 gelingt. Es sei jedoch daran erinnert, dass die EU trotz des Rückschlags weiter voll arbeitsfähig ist. Denn bis der Lissabon-Vertrag in Kraft treten kann, gilt der Vertrag von Nizza weiter.

### III. Special Weltwirtschaftsgipfel 2008 in Japan:

Nach 8 Jahren Pause hat Japan 2008 fahrplanmäßig wieder den Vorsitz der G8-Gruppe der großen Industrienationen inne. Dieser Kreis wurde mit der Aufnahme Russlands schon länger von 7 auf 8 Staaten erweitert (vgl. dazu Tab. 2). Die Regierung in Tokio war damit auch Gastgeber des alljährlichen Weltwirtschaftsgipfels, der in der zweiten Juli-Woche auf der nordjapanischen Insel Hokkaido stattfand. Wie fast jedes Jahr gab es dabei neue Gesichter (Russlands Präsident Medwedew & Großbritanniens Premier Brown), Rückkehrer (Italiens Premier Berlusconi) und bald ausscheidende Staatslenker (US-Präsident Bush).

**Tabelle 2: Anteile der G8-Staaten (2007, in %)**

	<b>Welt-BIP</b>	<b>Weltbevölkerung</b>	<b>Weltexporte (W)</b>	<b>Weltexporte (DL)</b>
USA	21,4	4,7	8,4	13,9
Japan	6,6	2,0	5,1	4,2
Deutschland	4,3	1,3	9,5	6,1
Großbritannien	3,3	0,9	3,1	8,1
Frankreich	3,2	1,0	4,0	4,0
Italien	2,8	0,9	3,5	3,3
Russland	3,2	2,2	2,6	1,2
Kanada	1,8	0,5	8,8	1,9
<b>G8 insgesamt</b>	<b>46,6</b>	<b>13,5</b>	<b>45,0</b>	<b>42,7</b>
<i>Nachrichtlich:</i>				
VR China	10,8*	20,5	8,0	3,9
Indien	4,6	17,5	1,0	2,7
Brasilien	2,8	2,9	1,2	0,8
<b>„G11“</b>	<b>54,0</b>	<b>54,4</b>	<b>55,2</b>	<b>50,1</b>

Quelle: IWF, WTO

Auch die japanischen Gastgeber gingen mit neuem Spitzenpersonal in die zahlreichen G8-Treffen. Premier Fukuda ist erst seit Herbst 2007 im Amt, wobei seine Regierungskoalition nur im wichtigeren Unterhaus eine Mehrheit hat. Auch wenn zwischenzeitlich immer wieder über vorgezogene Neuwahlen spekuliert wurde, hat sich Fukuda trotz der schwierigen Machtverhältnisse bis zum Sommer im Amt halten können. Die internationale Handlungsfähigkeit gerade in der Wirtschaftspolitik war für Regierung und Opposition 2008 bislang doch sehr wichtig. Das innenpolitische Patt zeigt sich gleichwohl bei den Neubesetzungen an der Notenbankspitze in Tokio nach dem Ausscheiden von Gouverneur Fukui im März. Nach einem kurzen Vakuum gelang dann immerhin die Stabübergabe an einen Kompromisskandidaten. Nicht zu-

letzt mit Blick auf das internationale Ansehen Japans einigten sich beide Seiten auf den Universitätsprofessor Shirokawa als neuen Zentralbankchef, der eigentlich „nur“ als Vize gewählt wurde. Allerdings sind beim eigentlich neunköpfigen Zentralbankrat derzeit immer noch zwei Posten vakant.

Nach allgemeiner Auffassung machte Premier Fukuda als Gastgeber des Weltwirtschaftsgipfels eine gute Figur. Die Idylle des Tagungsortes auf Hokkaido konnte natürlich die politischen und wirtschaftlichen Konflikte zwischen den Teilnehmerstaaten nicht verdecken. Gleichwohl gab es die erhofften „G8-Kompromisse“ zum Klimaschutz, zur Lebensmittelkrise und zur Entwicklungspolitik. An den Finanzmärkten waren die Erwartungen – nach diversen G8-Treffen zu wirtschaftlichen Themen im Jahresverlauf – hingegen weniger hochgesteckt. Die gemeinsame Besorgnis der G8 über die Banken- und Finanzmarktkrise, die daraus resultierende Gefahr neuer Marktturbulenzen sowie die gestiegenen konjunkturellen Risiken nahmen zwar erneut breiten Raum ein. Aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern und Regionen lehnten die G8-Vertreter aber auch in Hokkaido koordinierte Schritte zur Konjunkturstabilisierung oder in der Wechselkurspolitik entschieden ab. Dies hatte sich schon beim Treffen der beteiligten Finanzminister und Notenbankgouverneure im Februar abgezeichnet, als zwar gemeinsame Maßnahmen zur Stabilisierung der globalen Märkte – wie weitere Zinssenkungen und Konjunkturprogramme – in Aussicht gestellt, diese allerdings nicht konkretisiert wurden.

Seit dem Frühjahr haben zudem die hohen Preise für Energie und Lebensmittel den Inflationsdruck weltweit erhöht. Aktuell eint die G8 (mit Ausnahme Russlands) besonders die Sorge über den hohen Ölpreis, der mit zeitweise 140 Dollar/Fass ein „anormales Niveau“ erreicht hat und so die angeschlagene Weltwirtschaft zusätzlich gefährdet. Als wahrlich nicht unbekanntes Strategien gegen den dramatischen Anstieg des Ölpreises empfiehlt das Gipfelpapier den Aufbau neuer Förder- und Raffineriekapazitäten, das Ausweichen auf andere Energieträger sowie Energiesparmaßnahmen. G8-Gastgeber Japan soll dazu noch in diesem Jahr ein Energieforum einberufen, bei dem Produzenten und Verbraucher über Energieeffizienz reden.

Dominantes und medienwirksames Thema des Weltwirtschaftsgipfels war aber sicher der globale Klimaschutz. Gemäß dem „Cool Earth 50“-Konzept haben sich die wichtigsten Industriestaaten zu dem Ziel bekannt, die klimaschädlichen Treibhausgase bis zum Jahr 2050 zu halbieren. Mit dieser gemeinsamen Position wollen die G8 in die Verhandlungen für ein Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll gehen. Mit ihrer neuen Einigung gehen die acht Staats- und Regierungschefs über die im vergangenen Jahr getroffenen Vereinbarungen von Heiligendamm hinaus. Dort hatten sie sich unter deutschem Vorsitz darauf verständigt, "ernsthaft zu prüfen", ob eine Halbierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 möglich ist. Mit dem neuerlichen Beschluss versprochen jetzt erstmals auch die USA, ihre Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren. Damit hat auch die bislang als Hauptbremser auftretende Bush-Administration wenigstens zum Ende ihrer 8-jährigen Amtszeit ihre ablehnende Haltung zu festen Reduktionszielen aufgeweicht. Nun geht es darum, Schwellenländer wie China und Indien einzubinden. Diese haben aber auf dem Sondertreffen am letzten Tag des Gipfels – mit der Begründung eines großen wirtschaftlichen Nachholbedarfs – schon Widerstand gegen verpflichtende Reduktionen angekündigt. Mit dem vereinbarten Klimaziel wollen die G8 in die Verhandlungen über das nächste Klimaabkommen unter dem Dach der Vereinten Nationen Ende 2009 in Kopenhagen gehen. Dabei darf man davon ausgehen, dass Japan nach dem „Kyoto-Protokoll“ auch gerne der Namensgeber für ein umfassendes Nachfolgeabkommen sein würde.

---

Weitere Informationen erhalten Sie auf [www.akademie-welthandel.de](http://www.akademie-welthandel.de)  
oder unter der Telefon-Nummer 0 69 / 74 74 2 – 0.